

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3spalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Weg. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Der Extrabeitrag ist Pflichtbeitrag.

Der vom AOB. beschlossene und auch in unserem Verbandsausgeschriebene Extrabeitrag von 50 Pf. für jedes Gewerkschaftsmitglied zur Ansammlung eines Fonds, um eine evtl. notwendig werdende Volksabstimmung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in die Wege zu leiten zu können, hat bisher nicht den erwünschten vollen Erfolg gehabt. Eine größere Anzahl von Zahlstellen hat über die verkauften Marken schon abgerechnet und dabei einen erheblichen Teil unverkauft zurückgeschickt. Die Entschuldigungen für den zu geringen Umsatz sind mannigfaltig. Die Parole der kommunistischen Gewerkschaftszentrale — die wiederholt zum Hockhock dieser Sammlung aufforderte — die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die zu geringen Verdienste sowie nicht eingetretene Lohnzulagen und vieles andere mußten als Entschuldigung dienen.

Die Schwierigkeiten zur Abführung eines besonderen Beitrages bei den heutigen schweren Existenzverhältnissen wurden vom Hauptvorstand jederzeit anerkannt. Deshalb hat er auf die Abrechnungen auch noch nicht gedrängt, sondern hat den Zahlstellen Zeit und Gelegenheit gelassen — und tut dies auch jetzt noch —, um an jedes Mitglied eine Marke verkaufen zu können. Selbstverständlich kann das nicht bis ins Unendliche ausgedehnt werden.

Nicht einverstanden können die Verbandsinstanzen sich aber erklären mit der Weigerung der Zahlstellen oder Mitglieder, diese Pflichtmarke überhaupt nehmen zu wollen. Selbst wenn es jetzt nicht sofort zur Volksabstimmung kommt, muß die nach den Wahlen neu zusammengesetzte Regierung wissen, daß die Arbeiterschaft auf den Achtstundentag nicht verzichtet, sondern im Gegenteil dort, wo er zeitweise verloren wurde, ihn wieder zurückgewinnen will. Die Sammlung und das Vorhandensein eines solchen Kampffonds würde für die Regierung ein sehr deutlicher Gradmesser für die Stimmung in Arbeiterkreisen sein. Wenn es auch nach den Besprechungen der Arbeitsminister von England, Frankreich, Belgien und Deutschland zu einer gemeinschaftlichen Ratifizierung kommen sollte, dann ist damit der Kampf um den Achtstundentag nicht erledigt, sondern wird im Deutschen Reichstag verstärkt entbrennen, wenn das Gesetz über die Arbeitszeit vorgelegt wird. Bei dem Widerstand, den die deutschen Unternehmer gegen das Washingtoner Abkommen und gegen die Feststellung der verkürzten Arbeitszeit leisten, wird es bedeutender Anstrengungen bedürfen, damit die Arbeiterschaft zum Ziele kommt. Dabei ist die Möglichkeit einer Volksabstimmung über das Arbeitszeitgesetz durchaus gegeben. Darüber hinaus brauchen aber, selbst wenn es zu einer Abstimmung nicht kommt, die Gewerkschaften Kampfmittel, um dann die einzelnen Unternehmer, die die Arbeitszeit gegen den Willen der Arbeiter verlängerten oder noch verlängern wollen, mit den gewerkschaftlichen Machtmitteln zu zwingen, von diesen Verschlechterungen Abstand zu nehmen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat der Verbandsbeirat auf seiner achten Tagung beschlossen: „Der in der Nr. 35 des Proletariers“ ausgeschriebenene einmalige Extrabeitrag von 50 Pf. für jedes Mitglied gilt als Pflichtbeitrag. Die Nichtzahlung dieses Extrabeitrages wird als Beitragsrückstand befrachtet und kann den Verlust von Unterstellungen zur Folge haben.“ Da der Beitrag in Verbindung mit dem Ausschuss und dem Hauptvorstand die Rechte eines außerordentlichen Verbandstages ausübt, sind seine Beschlüsse zwingendes Recht. Jedes Mitglied muß mindestens eine Achtstundentags-Marke kleben, wenn es nicht auf seine Rechte als Verbandsmitglied verzichten will.

Der Hauptvorstand fordert deshalb die Zahlstellen auf, in der nächsten Zeit den Umsatz dieser Marken zu fördern und dann so bald wie möglich abzurechnen. Die Zahlstellen, die über ihre Extrabeiträge schon abgerechnet haben, aber nicht an jedes Mitglied eine Extramarke verabreichen konnten, müssen die erforderliche Anzahl noch anfordern. (Das gilt besonders für die Zahlstellen, in denen außer dem Kassierer kein einziges Mitglied eine solche Marke nehmen wollte.) Der Hauptvorstand hofft, daß unsere Funktionäre ihre Pflicht tun, damit sämtliche Mitglieder ihren Opferwillen aufs Neue beweisen können.

### Das Arbeitslosenproblem als Tätigkeitsgebiet der Internationalen Arbeitsorganisation.

In der Sitzung der Internationalen Arbeitsorganisation, die den Schlussschnitt der Pariser Friedensverträge bildet, sind unter den Gegenständen der Sozialpolitik, deren Herbeiführung international anzustreben ist, die Regelung des Arbeitsmarktes und die Verhütung der Arbeitslosigkeit genannt. Sowohl das Internationale Arbeitsamt wie die jährlich tagende Internationale Arbeitskonferenz haben sich auch von Anfang an bereits mit diesen Problemen befaßt. Die

Konferenz hat einen Entwurf zu einem internationalen Übereinkommen und zwei Vorschläge für die Staatsgesetzgebung beschlossen, die sich auf die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung beziehen. Die Entwürfe internationaler Übereinkommen bedürfen der Ratifikation durch die Mitgliedsstaaten, um für sie wirksam zu werden. Nicht-ratifizierenden Staaten erwachsen keine weiteren Verpflichtungen. Die Vorschläge der internationalen Arbeitskonferenzen bedürfen nicht der Ratifikation; sie sind an die Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten gerichtete Willenskundgebungen der Arbeitsorganisation, welche dahin gehen, die empfohlenen Rechtszustände auf sozialpolitischem Gebiet herbeizuführen.

### Ford über die Lohnfrage.

Wird von jemandem verlangt, daß er seine Zeit und Energie für eine Sache hergibt, so Sorge man dafür, daß er keine finanziellen Schwierigkeiten hat. Es wird sich lohnen. Unsere Gewinne beweisen, daß trotz anständiger Löhne und einer Prämienzahlung, die sich vor Änderung unseres Systems auf rund 10 Millionen Dollar jährlich belief, hohe Löhne das Eintägigste aller Geschäftsprinzipien sind.“

Wenn von Zeiten der Wirtschaftskrisen abgesehen wird, so kann der Umfang der Arbeitslosigkeit durch zweckmäßige Gestaltung des Arbeitsnachweises erheblich herabgemindert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde in den letzten Jahrzehnten in allen wirtschaftlich wichtigen Staaten die Zentralisation der Arbeitsvermittlung in Händen öffentlicher Körperschaften angestrebt und in weitem Umfange durchgeführt. Ein von der ersten Arbeitskonferenz beschlossener Entwurf zu einem internationalen Übereinkommen betreffend die Arbeitslosigkeit sucht diese Entwicklung zu fördern, indem er die Staaten, die dem Übereinkommen beitreten, zur Errichtung öffentlicher unentgeltlicher Arbeitsnachweise unter Leitung einer Zentralbehörde verpflichtet. Ferner ist vorgesehen, daß den öffentlichen Arbeitsnachweisen begutachtende Ausschüsse beizugeben sind, in denen Unternehmer und Arbeiter vertreten sein müssen. Wo unentgeltliche öffentliche und private Arbeitsnachweise nebeneinander bestehen, sind Maßnahmen für ein Zusammenarbeiten nach einem das ganze Land umfassenden Plan zu treffen. Das Internationale Arbeitsamt hat im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinzuwirken.

In einem Vorschlag für die Staatsgesetzgebungen, den die Washingtoner Arbeitskonferenz bezüglich der Arbeitslosigkeit machte, wird den Regierungen das Verbot der Errichtung von gewerbmäßigen und anderen entgeltlichen Arbeitsnachweisen empfohlen. Die Tätigkeit schon bestehender derartiger Arbeitsnachweise soll von behördlicher Genehmigung abhängig gemacht, und es sollen Maßnahmen getroffen werden, um sie sobald wie möglich aufzuheben. Derselbe Vorschlag sucht internationale Übereinstimmung hinsichtlich der Ausführung von Notstandsarbeiten anzubahnen, indem er empfiehlt, die Staaten mögen die Ausführung der öffentlichen Arbeiten so regeln, daß sie, soweit wie möglich, in Zeiten der Arbeitslosigkeit und den besonders davon betroffenen Gegenden vorgenommen werden. Im allgemeinen ist die Ausführung von Notstandsarbeiten jedoch ein Gebiet, das internationaler Regelung nicht sehr zugänglich ist.

Ein weiteres Mittel zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit ist die Abgabe überzähliger Arbeitskräfte durch Auswanderung. Um die Möglichkeiten einer über den Bereich zweiseitiger Staatsverträge hinausgehenden internationalen Regelung der Arbeiterwanderungen festzustellen, beschloß die erste Internationale Arbeitskonferenz die Berufung einer Wanderungskommission, die im Jahre 1921 zu Genf eine Tagung abhielt. Die Kommission faßte 29 Beschlüsse, die ein Programm für künftiges internationales Vorgehen darstellen. Einer dieser Beschlüsse (betreffend Berichtserstattung der Mitgliedsstaaten über das Wanderungswesen) bildete die Grundlage eines auf der vierten Arbeitskonferenz angenommenen Vorschlages für die Staatsgesetzgebungen. Aberdies enthält der von der Washingtoner Konferenz angenommene Vorschlag über die Arbeitslosigkeit einen Artikel, der sich auf die gruppenweise Anwerbung ausländischer Arbeiter bezieht. Somit sind positive Ergebnisse in bezug auf die internationale Regelung der Arbeiterwanderungen bis jetzt nicht zu verzeichnen.

Die beiden auf die Arbeitslosigkeit bezüglichen Beschlüsse der ersten Internationalen Arbeitskonferenz enthalten auch einige Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung. Der Vorschlag für die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten empfiehlt

in Artikel 3 die Einführung einer wirksamen staatlichen Arbeitslosenversicherung und der Entwurf eines internationalen Übereinkommens betreffend die Arbeitslosigkeit verpflichtet die ratifizierenden Staaten, die bereits eine Arbeitslosenversicherung besitzen, hinsichtlich der Versicherungsleistungen die auf ihrem Gebiet befindlichen Ausländer mit den Inländern gleichzustellen.

Beschlüsse der zweiten Internationalen Arbeitskonferenz beziehen sich auf die Arbeitslosenversicherung und die Schiffbrüchenschädigung der Seeleute.

Die dritte Internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1921 beschloß auf Antrag des schweizerischen Arbeiterdelegierten Schürch eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und die Einberufung einer internationalen Konferenz, die Mittel zu finden hätte, um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Der Beschluß wünscht auch die Mitwirkung der Wirtschafts- und Finanzsektion des Völkerbundes an dieser Erhebung. Die vierte und die sechste Konferenz der Arbeitsorganisation nahmen Entschlüsse an, welche die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes auf diesem Gebiet weiter erstrecken als der Beschluß von 1921. Die Entschlüsse der sechsten Konferenz (1924) betonen insbesondere die Wichtigkeit der Herausgabe von Wirtschaftsbaremometern, das sind Sammlungen von Tatsachen, die Schlüsse auf die bevorstehende Gestaltung des Wirtschaftsganges zulassen würden. Ferner verlangt sie eine Untersuchung über die Umstände, welche Produktion und Verbrauch von Waren beeinträchtigen und damit die Gleichmäßigkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt stören; bei dieser Untersuchung soll besonders darauf Bedacht genommen werden, wie der Wirtschaftsgang durch die Kreditgewährung von Seiten der Banken sowie die Schwankungen der Geldkurve und der Warenpreise beeinflusst wird. Überdies werden die Regierungen aufgefordert, Berichte über das Arbeitslosenproblem in ihren Ländern abzufassen, die unter anderem die Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ausführlich behandeln sollen. Von dieser Erhebung sind wertvolle Ergebnisse zu erwarten, denn sie sollen zeigen, was zu tun ist, um die wirtschaftliche Tätigkeit planmäßig zu gestalten, das Auf und Ab der Konjunktur und damit die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhüten. In jüngster Zeit haben Volkswirtschaftler und Finanzfachverständige besonders auf den Einfluß hingewiesen, welcher die Kreditgewährung seitens der Banken auf den Wirtschaftsgang übt. Sie haben gefunden, daß reichlicher Kredit zu Hochkonjunktur Anlaß gibt, starke Kreditbeschränkung dagegen zu Krisen. Das kommt daher, daß ein sehr großer Teil der Unternehmungen vom Kredit abhängt, und daß selbst für diejenigen Wirtschaftskreise, die nicht auf Kredit angewiesen sind, die Vermehrung oder Verminderung der Kaufkraft durch Erweiterung oder Beschränkung des Bankkredits von großer Bedeutung ist. Von der Beständigkeitsgestaltung des Kredits, die durch die Politik der Zentralbanken herbeigeführt werden könnte, wird auch die Stabilisierung der Kaufkraft und weiterhin der Gütererzeugung erwartet. Leicht wird es freilich nicht sein, die planmäßige Kreditwirtschaft zu verwirklichen.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

Die chemische Industrie als Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes.

II.

Über auch sonst ist der Vorschlag Dismanns nicht durchführbar. Er schafft neue Streitfälle indem er die Holzkonfektion dem Holzarbeiterverband zuweisen will, die dieser bisher reiblos dem Fabrikarbeiterverband überlassen hat. Wenn Dismann den Holzarbeitern „Kamm- und Perlmutterarbeit“ zuspricht, läßt das erkennen, daß er sich seinen Vorschlag nicht genügend überlegt hat. In einem Atemzuge werden da Grundstoff und Fertigprodukt als Organisationsgrundlage genommen. An anderer Stelle sind wir auf die Kammfabrikation eingegangen und haben nachgewiesen, daß der Fabrikarbeiterverband ein historisches Anrecht auf die Zellulosearbeiter, die auch Kammarbeiter sind, hat.

Dem kommenden Nahrungs- und Genussmittelverband sollen die Arbeiter bei der Herstellung von Essig, Nahrungsmitteln für Tiere und andere jetzt dem Fabrikarbeiterverband zugehörige Branchen unterstellt werden. In bezug auf die chemische Industrie muß gesagt werden, daß die in der chemischen Großindustrie hergestellte Essigsäure, die ihren Weg als Essig in die kleinsten Kanäle der Haushaltungen findet, bei der chemischen Industrie verbleiben muß. Vernünftigerweise können doch die Arbeiter an einigen großen Kesseln oder Wolltischen einer großen chemischen Fabrik nicht aus dem Fabrikarbeiterverband herausgerissen werden. In der Abhandlung über Tierische Abfallstoffe in der chemischen

Industrie" ist nur angedeutet, daß auch Futtermittel daraus hergestellt werden. Das geschieht aber in größerem Ausmaß. Daß der Fabrikarbeiterverband auch die Abdeckereien nicht verächtlich will und kann, ist durch die geschilderte Verarbeitung tierischer Abfallstoffe begründet. Die Transportarbeiter können keinen Anspruch auf Produktionsbetriebe erheben. Der Vorschlag ist auf Unkenntnis der Verhältnisse zurückzuführen. Die Dampfen sollen nach dem Vorschlag zum Chemie-Fabrikarbeiterverband kommen. Sollen die in den Dampfen anfallenden Ölkuchen - auch ein Nahrungsmittel für Tiere - ebenfalls zum Nahrungsmittelverband gerechnet werden? Dann müssen Gewerkschaftsgendarmen angestellt werden, die kontrollieren, ob die Arbeiter übermäßig an der Dampfen, in der Extraktion oder an der Kuchenpresse beschäftigt sind.

Neben diesen Nebenheiten sind im Vorschlag der Gruppe Chemie wichtige Zweige vergessen worden. Die Dünge- und Düngemittel fehlen ganz. Die Betriebe Leuna und Oppan mit weit über 20 000 Arbeitern, die Ammoniak-Dünge- und Düngemittel aus Luft herstellen, die Kalkstickstoffwerke in Bayern, Mittelfrankland und im Rheinland lassen sich in den Vorschlag nicht einfügen. Auch die kleinen Phosphatfabriken, die wohl kaum bei Knochenmühlen untergebracht werden können, haben noch einige Bedeutung. Und wo sollen die Zelluloseprodukte untergebracht werden? Etwas unter Sprengstoffen? Das geht nicht an! Die Zellulose-, Film- und Kunstseide-Industrie muß unter Chemie aufgeführt werden. An anderer Stelle ist vermerkt, daß darauf die Holzarbeiter und Textilarbeiter Anspruch erheben.

Von Gummi und Kunstseide kann ein Wort im Vorschlag Dismanns gestrichen werden, denn Wiederholungen sind überflüssig. Bleiben wir beim deutschen Wort Gummi. Wir erheben aber gegen die Zuweisung von Gummi- und Guttaperchawaren an den Bekleidungsarbeiterverband Einspruch. Was haben die Schneider mit Gummimären zu tun? Sie können kein Interesse an der Herstellung von Auto- und Fahrradbereifung, Gartenschläuchen, Spielwaren, Präservativen, Kinderfängern, Gummihüllen, Stoff- und Dichtungsringen, Haarkämmen, elektrischen Isoliergegenständen, Zigarettenspitzen, Federheftlern und dergleichen haben. Das sind Dinge, die in den Gummifabriken hergestellt werden von Arbeitern, die weder Leineweber, Stumpfmäcker oder Schneider von Beruf sind. Auch wenn die erwähnten Gegenstände und viele andere aus Guttapercha verfertigt werden, haben die Bekleidungsarbeiter damit nichts zu tun.

Die Vorschläge sind unvollständig, unzuverlässig und zum Teil undurchführbar. Soweit der Fabrikarbeiterverband als Versuchssubjekt zur Abwandlung anderer Gewerkschaften anzu- und zu sehen ist, haben wir nichts Neues vor uns. Sind wir doch gewohnt, von Verbänden, die unser Verbandsgebiet durchaus nicht respektieren, Bescheidungen über unser Verhalten zu hören. Unsere Mitglieder haben wiederholt beschlußfähig zum Ausdruck gebracht, daß sie im Fabrikarbeiterverband bleiben wollen und der Vorstand die unberechtigten Ansprüche anderer Organisationen ablehnen soll. Es ist aber bei den Mitgliedern und vor allem bei den Funktionären, die am Bau des Verbandes jahrzehntelang mitgewirkt haben, Mißtrauen aus, wenn ihr Verbandsbestand von anderen Gewerkschaften als Fremdbesitz betrachtet wird, von dem man nach Belieben etwas abgeben zu können glaubt. Wenn in dieser Beziehung keine Änderung eintritt, werden die Arbeiter den Schaden davon haben. Nicht durch willkürliche Beschlüsse, sondern durch zweckmäßige Zielsetzung in der Arbeit finden die einzelnen Organisationen ihren Anschluß an die gleichgerichteten Anträge auf sogenannte Industrie- oder Gewerkschaften, die die ganze Produktion von der Erzeugung oder Gewinnung des Rohstoffes bis zum Fertigprodukt verlangen, sind nie zu verwirklichende Hirngespinnste.

Wäre sich der Holzarbeiterverband zu dieser Organisationsform bekennen und Anspruch auf die Erzeugung des Rohstoffes erheben, müßte er die Wald- und Forstarbeiter organisieren. Da Holz aber nicht nur zu Gebrauchsgegenständen verarbeitet, sondern auch zu Sprengstoff, Zellulose, Kunstseide und Papier verwendet und im Veredelungsprozess zu Holzleim, Epoxidharz und Melamin verwendet wird, erhebt der Holzarbeiterverband einen unpassenden Anspruch.

Die Textilarbeiter streben einen solchen Industrieverband vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt tatsächlich an. Ihn zu wählen demnach die Schafzucht als Wollquelle sowie die Jagd, die Pelze und Haare für Füll liefert, anzuschließen werden. Die Textilarbeiter können dabei aber in Konflikt mit dem Holzarbeiterverband, denn die aus Holz hergestellte Kunstseide erobert sich immer weitere Gebiete. Der Textilarbeiterverband könnte deshalb auf die wichtige Rohstoffquelle der Kunstseide, den Wald, nicht verzichten.

Diese Zusammenstellung mag grob sein, zeigt aber doch nicht die besten Konsequenzen, denn wer will die Metallarbeiter nach dieser Organisationsmethode den Anspruch auf die Erz- und Bergarbeiter bestreiten, wo doch bei der Eisenherstellung der Hochofen neben dem Erz mit Steinkohlen und Holzkohle beschäftigt wird? Wer diesen Anspruch nicht verwerfen will, der ist der richtige Entschluß der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht durch nachträgliche Anträge zu ändern.

Mit welcher Fügung andere Gewerkschaften immer wieder versuchen, in der geschlossenen Gebiete der chemischen Industrie des Fabrikarbeiterverbandes einzudringen und sich darin festzusetzen, beweist am besten die Tatsache, daß der Transportarbeiterverband jeden Arbeiter für sich reklamiert, der in der chemischen Industrie eine Karte besitzt oder einen Gegenstand von einem Betrieb in den anderen bringen muß. In jeder dieser Betrieben unterhält der Verband Transportarbeiterzellen. Die Arbeiter einiger Betriebe der Rüstungsindustrie hat er fast Jahren in seiner Organisation. Bei der Gründung des Verbandes mit Holzleim, die Arbeiter des Handels und des Verkehrs zusammenzufassen. Praktisch hätte er sich aber als Konkurrenzorganisation in den Produktionsbetrieben ein.

Die Bergarbeiter stehen in den Kohleminen und den damit verbundenen Berg- und Düngebetrieben, zum Teil auch in Zementbetriebsanlagen. Da der Bergarbeiterverband Be-

trufsorganisation ist, müssen Chemiarbeiter sein Arbeitsgebiet stören.

Die Metallarbeiter haben neben den Eisenhütten und Stahlwerken, wo sie zuständig sind, zum Teil auch die Arbeiter der Metallhütten, also chemische Betriebe, organisiert. Daß sie in diesen Fällen auch die Arbeiter der Schwefelsäurefabriken für sich reklamieren, soll nur nebenbei erwähnt werden.

Aber auch der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, der heute den stolzen Namen Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband führt, verlangt seinen Anteil an der chemischen Industrie. Vor einigen Jahren wurde uns durch die Belegschaft einer Lithoponefabrik im Rheinland bekannt, daß die im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband organisierte Belegschaft eines Schwefelpatentes von den Arbeitern der übrigen

### Ford über die Lohnfrage.

Führt der Arbeiter, daß sein Logenwerk ihm nicht nur die Lebensnotdurft, sondern darüber hinaus noch die Möglichkeit gewährt, seine Jungen und Mädel etwas lernen zu lassen und seiner Frau Vergnügen zu verschaffen, dann ist ihm die Arbeit ein guter Freund, und er wird sein Bestes hergeben. Und das ist für ihn und für das Geschäft gut."

Schwerpat- und Schwerpat verarbeitenden Werke Anknüpfung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangte und die Anregung gab, die betreffenden Werke zur Erstrebung einheitlicher Löhne zusammenzufassen; selbstverständlich unter Führung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes resp. der dort organisierten Belegschaft. Wir legten der Sache keine Bedeutung bei, weil uns der Gedanke nicht geläufig ist, daß der betreffende Verband solche Absichten verfolgen könnte. Durch einen Zufall stellten wir aber fest, daß tatsächlich zwei Schwerpatbetriebe im Harz vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband organisiert sind und daß die Arbeiter, angeblich auf Anweisung ihres Verbandes, nicht zum Fabrikarbeiterverband übertreten wollen, weil Schwerpat gemahlen wird. Also von einer Mühle leitet der Lebensmittelverband seine Zuständigkeit ab. Da muß man schon einige Minuten den Atem anhalten, um dieses Argument richtig zu würdigen; es wirkt dann aber auch durchschlagend.

In den Hüttenwerken wird das Erz gemahlen, ebenso in den Schwefelsäurefabriken. Das Chromerz wird gemahlen, ehe der chemische Aufbereitungsprozess beginnt. Das Kalisalz wird erst durch die Mühle verandertfertig oder zur Verarbeitung vorbereitet. Erd- und Mineralfarben sind ungemahlen nicht denkbar. In den Lack- und Farbenfabriken sind Mühlen unentbehrlich, und in Knochenmühlen und Kohlenstaubfabriken sind Mühlen integrierende Teile des Betriebes. Nach der Erkenntnis, daß Mühlenbetriebe zum Lebensmittelarbeiterverband gehören, ist der Fabrikarbeiterverband erledigt, und neben ihm die Bergarbeiter, Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Maler. Die Metallindustrie kommt auch nicht ohne Mühlen aus. In den Rahmen des Lebensmittelarbeiterverbandes muß also die chemische Industrie, Industrie der Steine und Erden, keramische Industrie, Metallindustrie, das Malergewerbe und der Bergbau eingesperrt werden. Schade, daß diese Erkenntnis so spät kommt, das hätte einen schönen Industrieerhebungsbericht gegeben.

Das sind nur einige Proben der dem Fabrikarbeiterverband berechneten Schwierigkeiten. Sie ließen sich beliebig vermehren. Wir haben es verschmäht, darüber Beschwerde zu führen. Ob auch in Zukunft daran festgehalten werden kann, hängt vom Verhalten der anderen Verbände ab. Wir werden aber in Zukunft mit größerem Nachdruck als bisher den Einbruch in die chemische Industrie abwehren. Daß uns andere Gewerkschaften dabei nicht Formen aufzwingen, die bisher von uns abgelehnt wurden, ist unser Wunsch. gg.

### Klagen aus der Zellulose-Industrie.

In der "Gummi-Zeitung" wird die Lage der Zellulose-Industrie als unangenehm dargestellt und werden Vorschläge zur Besserung gemacht. Es wird gesagt, daß die deutsche Zellulose-Industrie vor dem Kriege in der Welt sehr erfolgreich war und daß infolge der wüsten deutschen Produktionsweise die ausländische Zellulose-Industrie sich nicht entwickeln konnte. Bei Kriegsausbruch wurden in Deutschland und in den übrigen europäischen Staaten die Zellulosebetriebe sofort auf Kriegsmaterial, vorwiegend Schießbaumwolle, umgestellt. Die dadurch eingetretene Knappheit an Zellulose wurde in Amerika und Japan bemerkt, die Fabriken auszubauen, wodurch die hervorragende Stellung Deutschlands befestigt wurde. Nach dem Kriege ist auch die Schweiz als Produzent von Zellulose mit Deutschland in Konkurrenz getreten, und in Deutschland selbst ist die Produktion erweitert worden, indem ehemalige Pulverfabriken sich auf Zellulose umstellten. Auch Dänemark und Schweden sind in Konkurrenz mit Zellulose getreten und der Verbrauch von Wasserstoff und Schwefel aus Zellulose ist zurückgegangen.

Die deutschen Zellulosebetriebe traten zu einer Konvention zusammen, die eine Kartellorganisation anstrebte und die Preise festlegen sollte, um die von einzelnen Fabriken beliebige Preisunterbietung zu verhindern. Die Kartellorganisation konnte nicht durchgeführt werden, und die Preiskonvention wurde durch die ausländische Konkurrenz, die Geldknappheit und die überfüllten Lager wieder zerfallen. In dem Artikel wird hervorgehoben, daß die Gebieten unter dem Kartellungspreis verkaufen, daß aber ergebnislos durch eine Verhandlung nicht herbeigeführt werden konnte.

In der Abicht, die Lage der Zellulose-Industrie recht unangenehm erscheinen zu lassen, wird offensichtlich zu stark angesetzt. Aus der einleitenden Bemerkung, daß die Lage der deutschen Zellulose-Industrie nicht besonders günstig angesehen werden kann, und dem Gehörgehorner, daß die Lage nicht so ist, aber auch keinesfalls entsetzlich ist, darf das wohl geschlossen werden.

Der Artikel ist als Werbemittel für einen engen Zusammenschluß der Zellulosefabrikanten anzusehen. Es werden darin die Ursachen der Krise herangezogen und Vorschläge zur Besserung gemacht. Die erste Bedingung zur Hebung der Lage ist die Verbilligung des Produktes bei guter Qualität. Eine wesentliche Verbilligung lassen jedoch die Preise der Rohstoffe nicht zu, deshalb muß in erster Linie auf die Herabsetzung der Preise für Salpetersäure, Epoxidharz, Ammoniak etc. hingewirkt werden. Aber auch die hohe Inflation der Wästel am Kapital, die hohen Frachten, Erhöhung der Zölle

und, bei den Unternehmern selbstständig, die geringe persönliche Arbeitsleistung und die achtstündige Arbeitszeit, lassen eine Herabsetzung der Preise nicht zu.

Zur Abhilfe werden einige ganz vernünftige Vorschläge gemacht. So die Rationalisierung der Produktion, indem jede Fabrik nur eine für ihre technischen Einrichtungen passende Sorte Zellulose, wie z. B. Weiß und Glänzend, eine andere Braun und Schwarz, eine dritte vielleicht Transparent, und eine vierte Schiltpatt herzustellen hat. Daneben sind Beförderungsmittel zu schaffen, die heute auch in den modernen Fabriken fehlen, wodurch beim Fortschaffen des Materials von einer Maschine zur anderen ein Leerlauf vermieden wird. Auch die Maschinen stimmen selbst in den modernen Fabriken nicht überein: Die Knetmaschinen liefern nicht genügend Knetmasse, um die Filterpressen voll auszunutzen zu können, und das Fassungsvermögen einer großen Walze ist viel kleiner als das der sie beliefernden Filterpresse.

Hier schildert eine berufene Feder, daß die Technik der modernen Fabriken nicht den einfachen Ansprüchen genügt. Die Unrentabilität wird von den Unternehmern aber auf den Wochentag geschoben, und selbst der Artikelschreiber kann nicht mithin, in dasselbe Horn zu blasen. Er schlägt aber auch eine Taylorisierung der Betriebe vor. Daran haben wir nichts auszusetzen, denn aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er darunter eine größere Spezialisierung der einzelnen Arbeitsvorgänge versteht. Er hält das Zellsystem in den Zellulosefabriken für das gegebene, wobei höchstens ein ergänzendes Prämiensystem möglich sei.

Aber in einer grundlegenden Frage werden die Konsequenzen nicht gezogen. Die Reformvorschläge machen vor den Toren der Kleinindustrie halt. Darüber heißt es wörtlich:

Außerordentlich schwierig gestaltet sich die Rationalisierung in einer Reihe von Warenfabriken, denn die übergroße örtliche Verteilung dieser Industrie, sowie die vielen diversen Artikel machen eine Zusammenfassung schwer möglich. Würde man die großen Betriebe tatsächlich dazu heranziehen, so wäre dem Kleinbetriebe, wie es noch in Berlin, Nürnberg, Wien usw. existiert, sicher bald deraraus gemacht."

Ja, wie soll denn die deutsche Industrie wieder auf die Höhe kommen, wenn man bei amerikanischer Überlegenheit der Großindustrie den kleinen Nachläufern, die technisch weit zurückgeblieben sind und keine Neigung zeigen, ihre Betriebe zu modernisieren, mit Palliativmitteln am Leben zu erhalten versucht? Lediglich Endes sind dabei die Arbeiter die Leidtragenden, die durch unzureichende Löhne den rückständigen Fabrikanten den standesgemäßen Lebensunterhalt garantieren sollen. Mit solchen parasitären Existenzen ist Deutschland aber nicht gedient. Das Ziel muß sein größtmögliche Leistung durch Anwendung der besten Technik. Dann brauchen auch die Zellulose-Industriellen den Konkurrenzkampf nicht zu fürchten. gg.

### Papier-Industrie

#### Ruf dich, Prolet!

Nach diesem Rezept handelt anscheinend auch der Syndikats des "Api", Herr Dr. Feldgen; ob freiwillig oder im Auftrag der hinter ihm stehenden Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes, bleibt in der Auswirkung für die Arbeiterschaft gleichgültig. Der Buchbinderverband hatte infolge des berühmten ministeriellen Preisabkommens mit umgekehrter Wirkung - Die Preise werden um 1 Mark die 100 Kilo erhöht, so lautet der am 8. November gefasste Beschluß der Pappen-Preis-Konvention - Lohnforderungen gestellt. Die Unternehmer lehnten Zulagen ab und rund 3600 Arbeitnehmer traten darauf in Stuttgart und Leipzig in den Aufstand. Das Reichsarbeitsministerium fällte einen Spruch und die Arbeitgeber schimpfen durch die Feder ihres Syndikats wie die Rohrstrafen.

Die nach Jahresfrist zum ersten Male wieder erscheinenden "Api-Mitteilungen" bringen folgenden volkswirtschaftlichen Erguß, wobei die Drohung mit dem Kitzelstift auf den Proletenmagen deutlich hervortritt:

Wenngleich die Api-Verbände eine Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften, die zweifellos, wenn auch etwas in der letzten Zeit wieder erstarkt, doch noch außerordentlich an Mitgliederbestand und Kasse geschwächt sind, keineswegs zu scheuen brauchen und ein etwa ausgedrohter Streik mit einer Aussperrung auf der ganzen Linie, wozu die vorbereitenden Anordnungen bereits besprochen waren, beantwortet hätten, so war doch auf der anderen Seite zu prüfen, ob dieser Einbruch dem Erfolge entsprochen hätte. Daß bei festem Zusammenhalten der Unternehmer ein Streik bald zusammengebrochen und von der Gewerkschaft verloren wäre, unterliegt gar keinem Zweifel, schon weil die Gewerkschaftskasse gar nicht in der Lage ist, einen längeren Streik zu finanzieren. Auf der anderen Seite aber wären auch unseren Mitgliedern natürlich erhebliche Verluste erwachsen. Infolgedessen haben sich die Arbeitgeberverbände entschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Man war sich jedoch darüber einig, daß bei dieser Art von durch die Gewerkschaften betriebener Konjunkturpolitik auch die Arbeitgeberverbände beim Wiederabflauen der Konjunktur die von ihnen bisher geübte Rücksichtnahme nicht mehr in diesem Maße aufrechtzuerhalten können und einen Abbau der auf die Dauer untragbaren Löhne herbeiführen müssen, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet."

Dr. Feldgen nimmt dieses Mal den Mund ziemlich voll. Als Stännes und Konforten dem deutschen Volke aus lauter Patriotismus die Inflation bescherten, da machte sich Onkel Walles nicht nur in den Gewerkschaftskassen breit, sondern auch in den Kassen der Unternehmerverbände, andernfalls brauchte der Api keine Mitteilungen nicht ein Jahr lang einzustellen. Vermutlich scheint die Firma Bruch & Co. bei der Dr. Feldgen ein noch größeres Konto aufgemacht zu haben als bei den Gewerkschaften, denn diese haben ihre Verbandszeitung trotz Inflationserwartungen weiterverfolgen lassen.

Die oben zitierten Auslassungen des Arbeitgeberverbandes sind nicht nur für die Buchbinder von Bedeutung; sie gelten auch für die Arbeiterschaft der Papieren- und Wellpappenindustrie, die mit dem gleichen Arbeitgeberverband durch unsere Organisation im Tarifverhältnis steht. Darüber hinaus charakterisieren sie den Willen fast sämtlicher Arbeitgeberverbände. Wenn Dr. Feldgen ferner darauf hinweist, daß der Mitgliederbestand der Gewerkschaften noch außerordentlich geschwächt sei, so hat er - trotzdem diese Entscheidung nicht verallgemeinert werden kann und in den einzelnen Industriezweigen aber auch nicht im engeren Rahmen in dem behaupteten Maße zutrifft - keine Ursache, darüber zu triumphieren. In einem Teil der im angeschlossenen Verbands hat die Mitgliederzahl der Arbeitgeber gleichfalls die Höhe erreicht, daß die Gewerkschaften sich ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob die Fachgruppe des Api, die wir im Auge haben, überhaupt noch als tarifvertragsfähig angesehen werden kann.

Insbesondere zeigen die zitierten Auslassungen der Papierarbeitergemeinschaft im allgemeinen und der Papieren- und Wellpappenarbeitergemeinschaft im besonderen, wohin der Weg der Arbeitgeberverbände geht, wenn ihnen nicht durch eine geschlossene Organisation der Arbeiterschaft, mit der eine entsprechende finanzielle Kräftigung einhergehen muß, entgegengestellt werden kann. Kampf! Kampf! die Industriellen! Kampf! Kampf! in diesem angekündigten Kampfe mit Ruhe entgegenzutreten zu können, muß deshalb der Kampf der Papierarbeitergemeinschaft heißen!

G. Stähler.

### Die deutsche Papiererzeugungs-Industrie auf dem Weltmarkt.

Reklame ist das beste und einträglichste Förderungsmittel des Geschäfts. Diesem Grundsatz huldigen die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen auch bei der Begründung ihrer wirtschaftlichen Kollage. Im Preiskampf mit ihren Arbeitern, im Lohn- und Arbeitszeitstreit mit ihren Arbeitern

und deren Gewerkschaften, in Eingaben an Reichs- und Landesministerien, bei ihren Begründungen vor Schlichtungsausschüssen und Landesrichtern, auf Vereins- und Verbandslagungen der Arbeitgeber-Organisationen, in Kundgebungen der Papiererzeugungs-Fabrikanen an die Öffentlichkeit, in Aufsätzen der Tages- und Fachpresse, kurzum bei jeder Gelegenheit begründen die Arbeitgeber der Papiererzeugungs-Industrie ihre wirtschaftliche Kostlage mit den hohen Produktionskosten und der dadurch herbeigeführten Überschreitung der Weltmarktpreise, woraus sich wiederum Absatzstockungen, Betriebseinschränkungen und Betriebsstilllegungen ergeben würden. Als das durchschlagendste und wirksamste Mittel dieser angeblichen Wirtschaftsnöte propagieren die Unternehmer die Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 und 12 Stunden bei möglichst gleichbleibender Entlohnung, also verbunden mit einer Verkürzung der heute bestehenden und zur Lebenshaltung vollkommen unzureichenden Stundenlöhne.

Der Weltkrieg mit seinen Folgen hat allen Staaten mit einigermaßen stabiler Währung Absatzschwierigkeiten, und damit Produktionshemmungen gebracht. Dazu kommen für die am Weltkrieg beteiligten Staaten die ungeheuren Verluste an Mensch und Kraft und sinnlos vergeblichem Volkseinsatz. Für Deutschland und seine ehemaligen Kriegsverbündeten außerdem noch die ungeheuren Reparations- und Wiedergutmachungslasten. Daß unter solchen Verhältnissen die deutsche Wirtschaft unter empfindlichen Kapital- und Produktions-schwierigkeiten zu leiden hat, ist selbstverständlich. Trotzdem sind auch auf diesem Gebiete alle von Arbeitgeberseite aufgestellten übertriebenen Behauptungen sinnlos und bestimmt nicht preisfördernd. Im besonderen Ausmaß trifft dieses für die Preisbildungspraxis der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen und auf die von diesen aufgestellte Behauptung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu. Unsere Behauptungen, die wir schon wiederholt belegt haben durch Vergleichszahlen über Papierpreise, Weltmarktslöhne und Holzpreise wird weiterhin gestützt durch nachstehende Zusammenstellung über die Entwicklung der Zeitungsdruckpapierpreise auf dem Weltmarkte:

**Preisentwicklung für Zeitungsdruckpapier.**  
(„Papierzeitung“ Nr. 92/1924.)

Das vom Internationalen statistischen Bureau in Haag herausgegebene Bulletin mensuel de l'office permanent vom Oktober 1924 bringt folgende Zusammenstellung für Zeitungsdruckpapier in den verschiedenen Ländern:

Staaten	Papierpreis			Gewichtsmenge
	1924 Monat	1913	Preis- steigerungen in Prozent	
Deutschland	September 30 Gfl.	30 Gfl.	50	p. 100 kg
Dänemark	Juni 2175 Cema	62,85 Cema	3361,72	p. 100 kg
Spanien	Juni 65 Pesetas	32,41 Pesetas	100,65	p. 100 kg
Finnland	August 280 f. Mk.	34 f. Mk.	723,58	p. 100 kg
Frankreich	September 152 Fr.	20 Fr.	424,18	p. 100 kg
Ungarn	September 683 500 Kr.	26 Kr.	21016,9	p. 100 kg
Polen	September 20 Gulden	10,76 Gulden	84,18	p. 100 kg
Schweden	September 28 Kr.	19,7 Kr.	42,18	p. 100 kg
Kanada	August 3,65 Dollar	2,19 Dollar	66,66	p. 100 lbs.
Japan	August 2,20 Yen	0,99 Yen	219,18	p. 10 Pounds
Belgien	September 180 Fr.	124 Fr.	37,1	p. 100 kg
Vereinigte Staaten von Amerika	August 3,80 Dollar	3,90 Dollar	-	p. 100 lbs.

Wir haben die vorstehende, in der „Papierzeitung“ veröffentlichte Preiszusammenstellung in unserer Tabelle etwas übersichtlicher geordnet und durch eine Berechnung über die prozentualen Preissteigerungen ergänzt.

Aus der Zusammenstellung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß nicht nur der deutsche Zeitungsdruckpapierpreis noch ca. 50 Prozent über dem Friedenspreis liegt, sondern daß auch die übrigen für die Papiererzeugungs-Industrie Deutschlands als wesentliche Konkurrenzländer in Frage kommenden Staaten, wie Finnland, Ungarn, Kanada und Schweden, die Friedenspreise recht erheblich überschritten haben, deren Preissteigerungen mit Ausnahme von Schweden wesentlich über den deutschen Preisen stehen.

Leider sind wir noch nicht in der Lage, die heute geltenden Zeitungsdruckpapierpreise in diesen Staaten nachzuprüfen. Allzu große Schwankungen dürften sich aber nicht ergeben haben. Angenommen, daß die in der vorstehenden Tabelle verzeichneten Zeitungsdruckpapierpreise noch in Geltung sind, so würden sich, umgerechnet nach dem Kursstande vom 14. 11. 1924, folgende Marktpreise ergeben:

Staaten	Zeitungsdruckpapierpreis per 100 kg in Goldmark	
	1913	am 14. 11. 24
Deutschland	30.-	30.-
Dänemark	50,26	66,33
Spanien	23,92	36,99
Finnland	27,20	29,48
Frankreich	21,20	33,72
Ungarn	23,80	32,13
Polen	18,16	31,26
Schweden	22,16	31,43
Kanada	20,26	33,71

Für Belgien und die Vereinigten Staaten sind in der ersten Tabelle keine Friedenspreise angegeben, wir konnten deshalb die Umrechnung nicht vornehmen. Sie dürfte sich aber in einem ähnlichen Verhältnis wie die der übrigen Staaten bewegen. Zweifelslos geht aus vorstehender Zusammenstellung, auch wenn sie unter Berücksichtigung etwaiger Preisveränder-

ungen den Verhältnissen nicht mehr ganz entsprechen sollte — denn auch die deutschen Zeitungsdruckpapierpreise haben mittlerweile eine kleine Preisermäßigung erfahren. — hervor, daß die von den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen immer wieder behauptete Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkte nicht besonders tief- und tiefst ist. Den Beweis dafür liefert auch der bekannte „Papier-Schneege“ in Nr. 92, Jahrgang 1924 der „Papierzeitung“. Er schreibt über den Papiermarkt im besetzten Gebiete u. a. folgendes:

„Ich kenne den holländischen Preis für Pergament-Erhalt. Die Ware ist der deutschen Erzeugung ebenbürtig, aber der Preis ist immer noch 10 v. S. höher als der deutsche Preis für Laubungen zu Konventionsbedingungen.“

Auch diese Angaben von „Papier-Schneege“ stimmen mit unserer Berechnung des holländischen Zeitungsdruckpapierpreises vollkommen überein.

**Ford über die Lohnfrage.**

... Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die lieblichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen.“

In der gleichen Nummer der „Papier-Zeitung“ erklärt Georg Sensenhauser in seinem Bericht über den Berliner Papiermarkt u. a. folgendes:

„Was wurden ab 1. Oktober von den Papierkonzernen (mit Ausnahme der Dänikonvention) die Preise für alle Sorten um rund 1 Mk. bis 3 Mk. je 100 Kilogramm unter den bisherigen Konventionspreisen festgesetzt. Aber diese Herabsetzung bedeutete in Wirklichkeit eine Preissteigerung. Denn die tatsächlichen Marktpreise lagen vorher nicht unbedeutlich unter den längst nicht mehr ernst genommenen alten Konventionspreisen. In Anbetracht der verstärkten Beschäftigung gelang es offenbar, die Papierfabriken erneut auf Einhaltung der Konventionspreise zu vereinigen. Die Konventionen haben sich wieder als Vereinnung zur Hochhaltung der Preise bewährt, die Säbden der heißen Sommermonate wurden vermutlich gegeneinander aufgerechnet und ausgeglichen.“

Hier wird also ebenfalls zugegeben, daß die von den Papierfabrikanten angegebenen angeblichen Preisermäßigungen in Wirklichkeit auf Preissteigerungen hinauslaufen und daß die Schuld an der unglückseligen Preisbildung und damit auch an dem zum Teil schlechten Geschäftsgang die Preiskonventionen und Syndikate der Papiererzeugungs-Industrie tragen.

Aus den Ausführungen dieses Artikels geht mit aller Klarheit und Deutlichkeit hervor, daß die Papierfabrikation nicht nur auf dem Weltmarkte noch vollkommen konkurrenzfähig ist, sondern mit Hilfe ihrer Preiskonventionen und Syndikate auch auf dem Inlandsmarkt die Preise auf sehr angemessener Höhe hält. Infolgedessen ist die von den Papierfabrikanten behauptete wirtschaftliche Kostlage, soweit sie sich auf die Preisbildung bezieht, nichts anderes als ein gewöhnlicher Bluff zur Täuschung der Öffentlichkeit. Aus den Ausführungen geht weiter hervor, daß die Forderung der Papiererzeugungs-Industriellen nach Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau, um mit diesen beiden Mitteln konkurrenzfähige Preise auf dem Weltmarkte zu erreichen, vollkommen unberechtigt ist. Der Kampf der deutschen Papierarbeiter und ihrer Organisation, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, gegen diese Abbaumwünsche der Unternehmer ist deshalb nicht nur berechtigt, sondern volkwirtschaftlich sowie sittlich und moralisch auch vollkommen begründet. Um so unbegründeter ist aber deshalb nicht nur das Verlangen der Arbeitgeber und der bürgerlichen Presse, sondern auch die Auffassung des derzeitigen Reichsarbeitsministers, mit deren Hilfe die deutsche Papierarbeiterchaft in die Sklaverei der Vorkriegszeit wieder gebracht werden soll. Wogegen sich zu wehren, ist Aufgabe der organisierten Papierarbeiter. Die Abwehr wird um so leichter sein, je geschlossener die deutschen Papierarbeiter dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands die Treue bewahren.

G. Stähler.

**Industrie der Steine und Erden**

**Lange Arbeitszeit, aber keinen Lohn.**

In Reichswald (Kreis Wohlau) besitzt die Firma Ludwig Tischler, Janer L. Schmitt, eine günstig an der Oder gelegene Dampfziegelei. Die Ziegelsteine werden per Kahn bis in die Berliner Gegend verschifft. Der Absatz war 1921 ein stotter und die Ziegelpreise der Firma sollen nicht die niedrigsten gewesen sein. Trotz der guten Prosperität des Unternehmens, die auch jetzt noch besteht, hält es die Firma nicht für nötig, der Arbeiterschaft den ihr zustehenden fairen verdienten Wochenlohn pünktlich und regelmäßig anzuzahlen. Wir hätten nicht gegen eine einmalige Unpünktlichkeit öffentlich protestiert. Aber bei der genannten Firma bestehen schon seit Februar dieses Jahres Zustände, die zur Kritik herausfordern. Mit Unangenehmem erregte die Firma damals von den Arbeitern die Unerschrockenheit der 10stündigen Arbeitszeit, täglicher Kündigung und zu sonstigen Verschlechterungen. Die Ziegelei, durch individuelle Tendenzen geschwächt, fiel zum größten Teil darauf herein. Das Eingreifen der Organisation im Juli führte zur Wahl eines Betriebsrates, der nun im Verein mit der Organisation bei der Firma alle Mäße hatte, die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu erreichen. Schon im Sommer setzten die unregelmäßigen Lohnzahlungen ein. 3, 4, 5 Mk. zahlte die Firma großartig als Vorschuss an verheiratete Arbeiter. Der Lohn bleibt wochenlang stehen. Dem scharfen Eingreifen der Organisation war es zu verdanken, daß im August geordnete Verhältnisse im Betriebe einkehrten. Jetzt neuerdings setzt dasselbe Theater wie im Sommer wieder ein. Die Kollegen schloß die Arbeiter nieder. Die Organisationsleitung verhandelte, und da gelang der Vertreter der Firma, daß der hohen Bankzinsen wegen Gelder nicht aufgenommen werden könnten. Also die Arbeiter sollen ihre Arbeitskraft verkaufen, aber das Geld auch gleich mitbringen. So geht's doch wirklich nicht, ihr Herren von der Firma Tischler.

Der Arbeiterschaft selbst mögen diese Vorfälle ein warnendes Zeichen sein. Alle und nimmer hätte die oben genannte Firma in diesem Jahre in der bezeichneten Weise arbeiten können, wenn die Arbeiterschaft organisiert gewesen wäre. Nur die Organisation vertritt geordnete und geregelte Arbeitsverhältnisse, verbürgt Schutz gegen Unterwerfungswilligkeit. Deshalb, hinein, ihr Ziegler, in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Margarinearbeiter, gebt acht!**

Die Margarine-Industrie hatte seit Jahren jeweils in den letzten Monaten des Jahres Hochkonjunktur. Das trifft zum Teil auch in diesem Jahre zu. Trotzdem kann in diesem Jahr eine Anzahl Betriebe selbst in der Zeit der Hochkonjunktur nicht voll arbeiten. Welches sind die Ursachen dieser Erscheinung? Wir leiden in der Margarine-Industrie gegenwärtig an einer sehr starken Überproduktion. Um die Ursachen dieser Überproduktion zu ergründen, müssen wir bis in die Kriegsjahre, mindestens aber in die Nachkriegsjahre zurückgreifen.

Uns allen ist noch die schlechte Fettversorgung während des Krieges in Erinnerung. Marmelade war fast das einzige Brotausflickmittel. Daraus erklärte sich der bei Beendigung des Krieges vorhandene Fett Hunger bei der Bevölkerung. Unsere Viehbestände waren aber während des Krieges ebenfalls auf ein geringes Maß zusammengeschrumpft. Woher also den Fett Hunger stillen? Da war es natürlich, daß man pflanzliche Fette soviel wie möglich zur menschlichen Ernährung umarbeitete. Auf diese Weise wurde die Bevölkerung Deutschland in den ersten Jahren nach dem Kriege fast ausschließlich von der Margarine-Industrie mit Speisefetten versorgt.

Die Margarine war somit ein begehrtester Artikel, und das führte dazu, daß die Spekulation sich dieses Artikels immer mehr bemächtigte. Aber nicht nur die Margarine, sondern auch die Margarinefabriken übten auf die Spekulation eine merkwürdige Anziehungskraft aus. Die Margarinefabriken schossen zu dieser Zeit wie Pilze aus der Erde. Als der Sturm des Kapitals auf die Margarine-Industrie überhand nahm, erhoben warnende Fachleute ihre Stimme und machten darauf aufmerksam, daß die Zustände so nicht bleiben würden. Das nützte nichts. Jeder, der irgendeine leere Bude fand und dazu einige Mark Geld hatte, machte eine neue Margarinefabrik auf. Hinzu kam noch, daß eine Reihe alter Margarinefabriken sich in der Inflationsperiode technisch vollständig amstellten, so daß sie heute mit bedeutend verringertem Personal in acht Stunden mehr Margarine erzeugen können als in der Vorkriegszeit in 9 oder 10 Stunden täglich. Das ging gut, solange die Margarine fast ausschließlich die einzige Fettversorgungsquelle für den Haushalt war. Mittlerweile haben sich in Deutschland aber auch wieder andere Fettversorgungsquellen ergeben. Schmalz und Butter stehen wieder zur Verfügung. Der Preisunterschied zwischen Butter und Margarine ist allerdings immer noch so gewaltig, daß Butter vorerst für den Massenkonsum kaum in Frage kommt. Anders beim Schmalz, hier ist der Preisunterschied zur Margarine nicht groß. Außerdem hat man bei Schmalz reines Fett, während Margarine immer einen bestimmten Prozentsatz Wasser enthält.

Margarine wird also nicht mehr in dem Umfang gebraucht wie in den letzten Jahren. Wir haben in Deutschland gegenwärtig mindestens 100 Margarinefabriken, die noch arbeiten. Eine ganze Anzahl ist schon stillgelegt, 20, höchstens 25 Betriebe mit den modernsten Einrichtungen dürfen aber ausreichen, um den Margarinebedarf des deutschen Volkes zu decken. Bei voller Beschäftigung wäre also eine mehrfache Überproduktion vorhanden, und da gibt es nur zwei Auswege. Entweder die gesamte Industrie ist dauernd mangelhaft beschäftigt, oder aber es beginnt ein wilder Konkurrenzkampf um die Eroberung neuer Kundenschaft. Das letztere scheint gegenwärtig der Fall zu sein. Bei diesem Konkurrenzkampf sind nun die Konzernbetriebe den freien Betrieben gegenüber bedeutend im Vorteil. Ihre Betriebe sind über das ganze Reich verstreut, sie haben infolge ihrer Kapitalkraft ihre Betriebe technisch am besten ausgestattet. Sie verfügen über einen weitverzweigten Verkaufsapparat und sind in der Lage, eine kaum zu überbietende Reklame zu betreiben. Da kommen die freien und von diesen wieder die kleinen Betriebe nicht mit. Eine Anzahl Betriebe hat daher in den letzten Monaten die Produktion eingestellt, sind in Konkurs geraten, andere dürfen in den nächsten Monaten folgen.

Es ist kein Fehler, wenn bei einer derartigen Überproduktion Betriebe stillgelegt werden, aber die Leidtragenden dabei sind leider auch die Arbeiter. Sie stehen plötzlich mittellos da, und andere Arbeit zu finden ist nicht leicht.

Dieser Konkurrenzkampf kann für die deutschen Konsumenten auch noch andere Folgen zeitigen. Gelingt es den beiden Konzernen, die freien Fabriken immer mehr an die Wand zu drücken, so kommt einmal die Zeit, wo es eine freie Konkurrenz in der Margarine-Industrie nicht mehr gibt. Dann werden die Konzerne die Preise bestimmen, wie es ihnen beliebt, aber nicht zur Freude der deutschen Konsumenten. Für die Arbeiterschaft der Margarine-Industrie muß die Frage noch von einer anderen Seite betrachtet werden. Es fehlt im Arbeitgeberlager nicht an Stimmen, die von einem „Umbau“ unseres heutigen Tarifverhältnisses reden. Was die Arbeitgeber unter „Umbau“ verstehen, darüber dürfte es unter der Arbeiterschaft keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben. „Umbau“ dürfte in diesem Falle Abbau heißen. Die Arbeiterschaft hat sich also die Frage vorzulegen, wie sie diesem „Umbau“ am besten entgegenwirken kann.

Die allgemeine Hege gegen unsere Organisation durch die Kommunisten hat auch in der Margarine-Industrie im Organisationsverhältnis an manchen Orten Lücken gerissen. Die Löhne werden durch Reichstarif geregelt, und da gibt es wachen Überwachern, der sagt, „ich brauche keinem Verband anzugehören, die Löhne werden für mich ja doch geregelt“. Wenn die Löhne in der Margarine-Industrie bisher in einigermaßen zufriedenstellender Weise geregelt werden konnten, dann war das aber gerade auf das gute Organisationsverhältnis mit zurückzuführen, das wir in diesem Industriezweige hatten. Wollen die Margarinearbeiter vor Übertrassungen geschützt sein, dann wird es höchste Zeit, daß die in dieser Industrie tätigen Kollegen an die Arbeit gehen, um die gelichteten Reihen wieder zu festigen. Dabei muß

immer wieder die Frage gestellt werden, wer ist die Organisation? Es gibt leider viele Kollegen, die die Organisationsleitung mit Organisation verwechseln. Die Organisation sind die Mitglieder in den Betrieben, und nur dann kann eine Organisationsleitung für ihre Mitglieder etwas Gutes leisten, wenn die Arbeiterklasse eines Industriezweiges geschlossen hinter ihr steht. Wo das nicht zutrifft, da ist die Organisation zur Ohnmacht verurteilt. Wenn unsere Margarinearbeiter das beherzigen und dafür sorgen, daß wir in Kürze wieder über ein geschlossenes Organisationsverhältnis verfügen, dann können wir auch dem kommenden "Umbau" mit Ruhe entgegensehen. E. S.

## Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

### Produktion und Achtstundentag.

In der Presse der belgischen Industriellen und Finanzleute, die genau wie die deutsche Unternehmerpresse keinen Tag vorbeigehen läßt, ohne ihre Leser darauf aufmerksam zu machen, daß der Achtstundentag das ganze Land einer Katastrophe entgegenführe, macht folgende Meldung die Runde:

Die Statistiken über die Produktion der Metallindustrie können einen schönen Record vorzeichnen. Unsere Rohstahlproduktion im Monat Oktober hat die bis jetzt höchste Ziffer des Monats Mai d. J. (246 549) überschritten und stellt sich auf 248 910 Tonnen. Die Durchschnittsproduktion des Jahres 1913 betrug nur 200 398 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für Feinstahl laufen wie folgt: 215 090 Tonnen gegen 205 470 Tonnen im Monat März und 154 922 Tonnen als Durchschnittsproduktion im Jahre 1913.

Die Lösung der Unternehmer scheint demnach zu sein: Es geht glänzend, deshalb nieder mit dem Achtstundentag!

### Keine Gebührenerhebung bei Ankauf über Stilllegungsanzeigen.

Nach der Anweisung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe soll den Gewerkschaften durch rechtzeitige Mitteilung Gelegenheit gegeben werden, sich an den Verhandlungen über die Stilllegung von Betrieben zu beteiligen. Bei Anfragen über eingegangene Stilllegungsanträge haben Regierungspräsidenten und Gewerbeaufsichtsbeamte in Dommern für die Erteilung der Ankauf eine Gebühr von 2 und 5 Mark verlangt. Dabei handelte es sich oft nur um die Beantwortung der Anfrage, ob die Betriebsstilllegung die Stilllegung gemäß der VO vom 8. 11. 1920 und 15. 10. 1923 angemeldet hat. Gegen die Festsetzung von Gebühren bei solchen Ankäufen wurde Beschwerde bei dem Preussischen Ministerium erhoben, das hierauf folgende Antwort erteilte:

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe Berlin W 9, den 13. Nov. 1924. J. Nr. III 7588.

Befehl: Beschwerde über Gebührenerhebung in Stilllegungsangelegenheiten.

Auf den Bericht vom 15. Oktober 1924. — I 5343 T. G. — Die Erhebung einer Verwaltungsgebühr kommt in keinem Falle in Frage, da eine etwaige Benachrichtigung, die von Behörden in Stilllegungsangelegenheiten an die Gewerkschaften nach den gegebenen Bestimmungen zu richten ist, keine selbständige Ausübung im Sinne der allgemeinen Verwaltungsgebührenerhebung darstellt, sondern als Zwischenbescheid in einem schon bestehenden Stilllegungsverfahren anzusehen und demgemäß nach Ziffer 4 der Richtlinien zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenerhebung vom 21. Dezember 1923 (2. Ausführenden Anweisung vom 15. August 1924) gebührenfrei ist.

Ich erlaube, den Gewerkschaften in Steffin II und den Fabrikarbeiterverband in Steffin, 3. Hb. des Herrn Wiefenbiller, in meinem Namen entsprechend zu bescheiden.

J. A. Unterjocher.

An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Steffin, gebührenfrei.

Der Regierungs-Präsident Steffin, den 22. Nov. 1924.

Pr. I. E. G. 5412.

Abdruck für gest. Kenntnis.  
in Vertretung:  
Herrn von Herzberg.

An den Fabrikarbeiterverband

3. Hb. Herrn A. Wiefenbiller,

hier.

beauftragt:

Herrn Lejchendorff, Kreisgerichtsrat."

## Internationale Arbeiterbewegung.

### Die tschechischen Gewerkschaften im Jahre 1923.

Sehen wir den Bericht des tschechischen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1923 an. Die Mitgliederzahl der der Bewegung angeschlossenen Verbände beträgt 24 189, was gegen 1922, wo die Mitgliederzahl 23 391 betrug, einen Rückgang um 61 205 Mitglieder oder 16,33 Prozent bedeutet. Der Rückgang ist also viel geringer als im Jahre 1922, wo er 20,30 Prozent betrug. Wie der Bericht beweist, ist die Mitgliederzunahme im Jahre 1924 vollständig zum Stillstand gekommen, und die Gewerkschaftsbewegung nimmt einen neuen Aufschwung.

Die Gesamtsummen der Verbände betragen 3 629 906,20 Kronen, die Ausgaben 3 623 393,25 Kronen. In der Bilanzierung hat der Verband 12 115 511,5 Kronen, davon ein Arbeitslosenunterstützungskonto 6 133 291,5 Kronen, angelegt. Für die Bilanzierung wurden 3 670 923,25 Kronen eingesetzt. Die Vermögensgegenstände betragen 15 787 616,90 Kronen, das sind 41,86 Prozent.

Die Verbände geben 31 Zeitschriften heraus, hiervon sind 41 tschechische, 7 deutsche, 2 magyarische und 1 polnische.

## Frauenfragen.

### Sexuelle Lage und Prostitution.

Wenige Männer ist — von ganz natürlich über die Prostitution — auch wenn sie in Prostitution erliegen — und andere wieder wollen sie durch Verurteilung bestrafen. Die Prostitution hat aber keine andere Ursache als die sexuelle Unterdrückung, die auf das Auge mit dem männlichen Verstande zu schauen ist. Man hat aus der Prostitution die Ursache der ganzen letzten Jahrzehnte nicht auf das sexuelle Versehen, das die männlichen Frauen in der Lage war, eine Frau zu sein, die Prostitution zu betreiben, zu sehen, sondern man hat die Ursache der Prostitution in der Prostitution der Prostitution gesehen, das heißt in der Unterdrückung der Prostitution. Die Ursache der Prostitution ist die Unterdrückung der Prostitution, das heißt in der Unterdrückung der Prostitution. Die Ursache der Prostitution ist die Unterdrückung der Prostitution, das heißt in der Unterdrückung der Prostitution.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. In der am 23. November tagenden Generalversammlung der Zahlstelle wurde aus der Mitte der Versammlung folgender Antrag eingebracht:

Die heutige Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Bremen, hat Kenntnis genommen von dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, worin derselbe Stellung nimmt zu der kommenden Reichstagswahl. Die Versammlung billigt diesen Schritt des ADGB und empfiehlt den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes, dem Aufruf des ADGB bei der Reichstagswahl und auch Bürgerstimmwahl in Bremen am 7. Dezember d. J. unbedingt Folge zu leisten.

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. W.

Heidenau. Kommunistische Schrägkneider Arm in Arm mit den Kapitalisten. In einem im Volksblatt Nummer 182 vom 13. November erschienenen Artikel mit der Überschrift: "Wozu Gewerkschaftsbetriebe dienen", heißt es: "In einer vor kurzem auf dem Amtsgericht Pirna spielenden Verhandlung wurde festgestellt, daß der Verbandsbeamte der Fabrikarbeiter in Heidenau, Nickel, dem Kapitalisten und Blumenarbeiter- und -arbeiterinnen-Ausbeuter Sühmlich (mag heißen Sühmlich) in Pirna Verbandsgelehrer zur Aufrechterhaltung seiner Fabrik angeboten hat. Herr Sühmlich (hieß) lehnte aber das unmittelbare Geld seiner Klassengegner ab."

Wenn dem Artikelschreiber daran gelegen hätte, der Arbeiterklasse zu dienen und die Sache aufzuklären, so brauchte er sich nur mit seinen Genossen, die in der Verwaltung des Fabrikarbeiterverbandes sitzen, in Verbindung zu setzen. Diese hätten ihm etwas ganz anderes sagen müssen. Wer nur einigermaßen mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen vertraut ist, wird wissen, daß ein Beamter nicht nach Belieben Gelder der Organisation ausleihen kann. Darüber hat in erster Linie die Ortsverwaltung, die aus 12 Personen besteht, zu entscheiden und dann erst noch der Hauptvorstand, wie und wo die Gelder anzulegen sind. In einer Aufklärung liegt aber diesen Verleumdern, ja, sonst würde ja der beabsichtigte Zweck nicht erreicht. Abgesehen davon, daß Nickel dem Fabrikanten Sühmlich niemals Verbandsgelehrer angeboten hat, wäre denn das ein Verbrechen gewesen, dadurch den Betrieb im Gange und der Mitgliedschaft die Arbeit zu erhalten? Das ganze Geschrei ist ein Nachecht, unterfüttert und forciert von einem kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden, zu dem Zweck, die Organisation zu schädigen. Also KPD, Arm in Arm mit den Arbeitgebern zur Bekämpfung der Gewerkschaften.

Wenn es in dem Artikel weiter heißt: "Oder wollte Herr Nickel dem Herrn Sühmlich (hieß) zurückerkennen, was er in Lohnverhandlungen den Arbeitern und Arbeiterinnen zahlen mußte?", so gibt der Artikelschreiber zu, daß die Gewerkschaften für die Arbeiter Lohn-erhöhungen herausgeholt haben. Zugleich stellen wir fest, daß der kommunistische Betriebsratsvorsitzende bei der Firma Sühmlich die Tarifhöhe für die Arbeiter als zu hoch betrachtete und mit Herrn Sühmlich eine Sondervereinbarung traf, wonach der Lohn pro Stunde 11 Pf. niedriger gesetzt wurde, als der Tariflohn. So sieht die praktische Tätigkeit der KPD-Vertreter aus. Will man da noch sagen, Nickel hätte die Absicht, Sühmlich etwas zurückzugeben?

Derselbe kommunistische Betriebsratsvorsitzende hat mit Sühmlich eine weitere Vereinbarung getroffen, wonach die Arbeitszeit von 7 Uhr bis nachts 10 Uhr festgelegt wurde. Also eine Arbeitszeit von täglich 13 Stunden (einschließlich Pausen) und ein Festhalten der Arbeiter im Betrieb von täglich 15 Stunden. Wo bleibt denn da die kommunistische Moral, Herr Artikelschreiber? Als sich die Organisation das nicht gefallen ließ und Maßnahmen nicht halfen, wurde dieser Betriebsratsvorsitzende wegen Schädigung der Verbands- und Arbeiterinteressen aus der Organisation ausgeschlossen. Gegen die Firma Sühmlich wurde mit allen Mitteln vorgegangen, um die dort herrschenden Zustände zu beseitigen.

Das Vorgehen der Organisation hatte zur Folge, daß sie sich beide Teile zum Feinde machte. Jetzt begann ein Nache- und Verleumdungsgeschrei gegen sie, dem sich namentlich auch die kommunistische Presse angeschlossen hat, nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des Arbeitgebers.

Reutlingen. Theorie und Praxis des kommunistischen Industriearbeiterverbandes. In der Nr. 222 der kommunistischen "Ged. Arbeiterzeitung" ist ein Bericht über eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Emil Adloff (Kettlungen) enthalten, der zum tausendsten Male zeigt, wie Kommunisten es verstehen, Lasten auf den Kopf zu stellen. Der Bericht ist ein Beweis dafür, daß Worte und Taten der kommunistischen Industriearbeiter in hohem Gegensatz stehen.

In einer Versammlung in Siedenthausen erstattete der Vorsitzende des Betriebsrats, Schaal, Bericht über eine Lohnbewegung bei der Firma Emil Adloff. Die im Bericht nicht genannte Forderung betrug 25 Proz., 15 Proz. weniger als die von den Stuttgarter Industrieverbänden angeforderte. Das Angebot der Firma war 2 Pf. Der Spitzenlohn beträgt somit 46 Pf. Diesen Lohn nahm die Versammlung des J. B. an. Wie ist so etwas möglich? Wo ist der revolutionäre Elan dieser Leute hingekommen? Ist er mit den Wölfen im Herbst abgefallen oder ist er durch den ersten Reiz erloschen? Nein, aber der Fabrikarbeiterverband ist schuld, daß bei dieser Lohnbewegung nicht mehr herausgekommen ist, weil er es abblies, mit Verweis von Industrie-Verband gemeinsame Sache zu machen. "So wie immer", er — der Fabrikarbeiterverband — müsse es ihm überlassen, die Interessen seiner Mitglieder so zu wahren, wie er es für gut hält. Nachdem der J. B. keinen Hauch mehr spüren kann, sollen wir schuld an seinem Mißerfolg sein. Eine Frage: "Verehrter siddenthauser" Arbeiter, was hat er für ein Recht? Wer ist vorwärtsgeritten? Ist nicht die Sache der Einigkeit des einen Mitglieds des Betriebsrats gemeint, der gegen das Verkoppeln der Papierarbeiter mit dem Lohnvertrag der Arbeiter der Hülfsfabrik mit Recht protestierte? Die Papierarbeiter sind dem Lohnvertrag für die württembergische Papierindustrie angeschlossen und helfen durch die Verrechnung mit der Hülfsfabrik eine Lohnabschneidung von mindestens 4 Pf. gehabt. Dieser Vertrag ist für sämtliche Papierarbeiter-Unterstützungen verbindlich.

Angesichts dieser Tatsache hat der Hülfsfabrikanten in der Süddeutschen Arbeiterzeitung die Firma zu fordern: In richtiger Erkenntnis der Lage hat die Firma ihren früheren Standpunkt, eines einheitlichen Lohnsatzes für den gesamten Betrieb zu schaffen, fallen gelassen und hat somit den Wünschen des J. B. Rechnung getragen. Leute, die solches Zeug zu schreiben, wollen Arbeiterinteressen vertreten. Durch derartige Schwankereien soll dem Arbeiter nichts verborgen werden, daß der sogenannte J. B. in Reutlingen aus dem letzten Loch kriecht.

Wolfschneiderei, verbrecherischer, im wörtlichen Sinne des Wortes, ist noch nie eine Bewegung eingeleitet und jüngerlicher auch noch keine zusammengebracht als die des kommunistischen Industrie-Verbandes. Der Fabrikarbeiter-Verband hätte die Arbeiter vorwärts und vorwärts, deshalb los von ihm! Unter dieser Devise wurde der kommunistische Industrie-Verband gegründet. (Die unmittelbare Ursache der Gründung in Reutlingen war bekanntlich das Heranziehen der Kettlungen aus dem Verbandsbereich.) Einmal hätte die Arbeiterklasse der Firma Emil Adloff beschlossen, dem Industrie-Verband beizutreten, hieß es damals, und nach fünfjähriger Tätigkeit hätte man sich wieder beim Fabrikarbeiter-Verband an, und wenn dieser aus Reutlingen gründen es abzlehnt, sich mit den Arbeitern des Industrie-Verbandes an einen Tisch zu setzen, dann ist er schuld an dem so mageren Ergebnis der Lohnbewegung. Letztere ist, daß zur Zeit in Reutlingen kein Lohnvertrag der von Fabrikarbeiter-Verband abgeschlossen ist, in mit Reutlingen benachbarten Orten besteht mit einem Spitzenlohn

von 46 Pf. Nur die naiven Arbeiter der Firma Emil Adloff werden nicht merken, daß die Spitze des Industrie-Verbandes in Reutlingen durch ihr Mandat nur den Zusammenbruch verdecken will.

O Kommunistenherren, wie bald bist du verschwunden! Nun sind ja die Arbeiter der Hülfs- und Spulenzfabrik der Firma Emil Adloff mit Hilfe des Betriebsrats glücklich mit dem Vertrag der Textilindustrie verkoppelt worden, so daß sie selbst nicht mehr zu melden haben. Wenn das andere gemacht hätten, wie würdest ihr das nennen, ihr Schaal, Wied und Konjosten? — Daß Hofmann (Stuttgarter) über den Fabrikarbeiter-Verband lügt und schwindelt, nehmen wir ihm als erster Leuchte des Industrie-Verbandes, dessen Docht aber schon lange nicht mehr bis zum Die reicht, nicht abel, denn interessant wird für den Uneingeweihten die Sache dadurch, wenn er erfährt, daß dieser Mensch nur deshalb so schwindelt, weil er keine Aussicht hat, im Fabrikarbeiter-Verband jemals wieder unterzukommen zu können. Versucht hat er das im Laufe des Jahres schon einige Male. Dieser Mensch setzt sich selbst herunter und weiß es anscheinend nicht einmal. Kollegen und Kolleginnen bei der Firma Emil Adloff! Gebt diesen Leuten endlich den Laufpaß, indem ihr euch, soweit das noch nicht geschehen, dem Fabrikarbeiter-Verband anschließt! L. Wörner.

Sonneberg i. Th. Agitatortische Erfolge. Trotzdem in der Spielwarenindustrie und auch in anderen Industrien, die für uns zuständig sind, die Arbeitsmöglichkeit noch äußerst beschränkt ist, geht wieder ein kräftiger Zug durch die Organisation. Die Verwaltung hat seit vier Wochen sich ausschließlich auf Hausagitation verlegt, und konnten an vier Sonntagen bis jetzt 314 Neuaufnahmen und 165 ehemalige Mitglieder für den Verband wieder gewonnen werden. Unseren Kollegen wurden bei der Hausagitation durchweg freundlich aufgenommen. Wenn die Vertrauensleute in den Betrieben erst wieder kräftiger mitarbeiten, dann werden wir bald die alte Zahl an Mitgliedern und damit unsere Schlagkraft wieder erreichen. In der Ledermarenfabrik von Gebr. Spindler sind durch die skrupellose Agitation der Kommunisten die Organisationsverhältnisse fast vollkommen zerstört. Heute schreien jene, die den Verband in Grund und Boden schimpften, nach der Organisation am meisten. Mögen die anderen Schreihälfen hieraus die notwendige Lehre ziehen.

## Rundschau.

### Der Steuerabzug vom 1. Dezember 1924 an.

Bei Lohnzahlungen, die für eine im Dezember 1924 erfolgte Dienstleistung bewirkt werden, bleibt für den Arbeitnehmer ein Betrag von 80 Mk. monatlich oder 15 Mk. wöchentlich zur Abgeltung der Werbungskosten und als Existenzminimum steuerfrei. Macht der Steuerabzug keine 80 Pf. monatlich oder keine 20 Pf. wöchentlich aus, so soll er wegen seiner geringfügigkeit überhaupt nicht stattfinden. Im übrigen sind die alten Vorschriften unverändert geblieben. Unverändert geblieben ist auch die Bestimmung, daß für Frau und Kinder je 1 Prozent von den 10 Prozent herunterzurechnen ist. Wie die Lohnsteuer im einzelnen zu berechnen ist, zeigt folgendes Beispiel:

Wochenlohn 35 Mk.  
Davon für Werbungskosten und als Existenzminimum in allen Fällen ab 15 Mk.

Reiben an steuerpflichtigem Einkommen 20 Mk.

Von diesen für die Berechnung der Steuer verbleibenden 20 Mark sind 10 Prozent als Steuer zu rechnen, wenn es sich um einen Ledigen handelt. Hat der Steuerpflichtige eine Frau, so sind 9 Prozent zu rechnen, hat er außer der Frau ein Kind, so sind 8 Prozent, hat er zwei Kinder, so sind 7 Prozent und so fort für jedes weitere Kind ein weiteres Prozent weniger als Lohnsteuerabzug zu rechnen, so daß z. B. ein Verheirateter mit Frau und vier Kindern 5 Prozent von den steuerpflichtigen 20 Mk. oder 1 Mk. an Lohnsteuer abgezogen erhält.

## Literarisches.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, erscheint monatlich einmal und ist durch jede Buchhandlung, durch Postabonnament oder direkt vom Verlag (Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14) zu beziehen.

Leitfaden für Betriebsräte. Diese 32 Seiten starke Broschüre ermöglicht eine schnelle Orientierung. Die Handbegriffungen weisen auch den Uneingeweihten sofort zurecht. Angegeben ist bei allen Abschnitten und Teilgebieten zuletzt der im Klagefalle einzuschlagende Rechtsweg. Ein Anhang gibt Auskunft über alle in Frage kommenden Instanzen und Gerichtsstellen nebst den Fällen, in denen sie anzurufen sind und die zu ihrer Zuständigkeit gehören. Die Broschüre kann zum Preise von 50 Pfennig beim Ortsausdruck des ADGB, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, bezogen werden.

Der entfesselte Moralist. Herausgegeben von H. Bauer und Th. Thomas mit Zeichnungen von Kunstmaier Franz Rubick. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. Main, Großer Hirschgraben 17. Preis 1 Mark.

Oci in der Parteipresse und darüber hinaus bekannte sozial-humoristisch-satirische Schriftsteller haben zusammen ein Bündchen kleiner humoristischer Skizzen veröffentlicht. Theodor Thomas, Hans Bauer und Hans Schipper haben sich in diesem Bändchen zusammengefunden um uns die Welt ironisch zu zeigen. Hinter lustigen Einfällen verbirgt sich oft tiefe soziale Erkenntnis, die erschütternd wirken kann. Das Bündchen eignet sich zum Vortrag bei Abendunterhaltungen. Wer sich eine heitere Stunde bereiten will, greife zu dem Werke, das der Zeichner Rubick mit lustigen Bildern geschmückt hat.

Der blühende Hammer. Gedichte von Karl Bröger. Berlin 1924. In Halbleinen 0,70 Mk., kart. 0,35 Mk. (Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.) Der Arbeiterjugend-Verlag hat nunmehr auch eine Sammlung Brögerischer Gedichte erscheinen lassen. Karl Bröger ist der Lieblingsdichter der arbeitenden Jugend, denn er hat wie kaum ein anderer ihrem Empfinden und Wollen, ihrer Sehnsucht nach einem neuen Gesellschafts- und Menschheitsideal tiefempfunden Ausdruck gegeben. Daß wir jetzt in einem schmalen Band seine schönsten Dichtungen zu einem erstaunlich niedrigen Preise zusammen haben, werden alle Freunde des Dichters begrüßen.

Aberwitz des Herzogs. Gedichte von Max Barthel. Berlin 1924. Preis harmonisiert 0,70 Mk., in Halbleinen gebunden 1,40 Mk., 88 Seiten. (Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.) Unter den jungen Arbeiterdichtern ist Max Barthel einer der sympathischsten. Alt und jung in unserer Arbeiterklasse wird es daher mit Freuden begrüßt, daß ihnen der Dichter in der vorliegenden Sammlung eine Auswahl seiner wertvollsten Dichtungen bietet.

Waldweihnacht. Ein Spiel für Kinder- und Jugendgruppen von Karl Eichler. Aufführungsrecht bei Abnahme von 15 Exempl. Preis 0,40 Mark. Berlin 1924. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Der Arbeiterjugend-Verlag hat kürzlich "Des Kindes Stimme", von Hedwig Rowe, in Vertrieb gebracht, und jetzt legt er noch ein zweites neues Spiel "Waldweihnacht" folgen, das im winterlichen Walde spielt. Ein Knacht Ruprecht, eine Esche Zwerge und eine Jugendgruppe stehen im Mittelpunkt der Handlung. Das Spiel zeichnet sich dadurch aus, daß es auch die Mitwirkung von Kindern vorsieht.

## Verbandsnachrichten.

### Taschenkalender.

Mehreren in letzter Zeit eingelaufenen Anfragen entsprechend ist mitgeteilt, daß der Hauptverband für 1925 keinen Verbandskalender herausgegeben hat. Der letzte Verbandskalender trägt die Jahreszahl 1924.